

Für eine sozialdemokratische Migrations- und Integrationspolitik - AG Migration und Vielfalt der SPD Brandenburg

1. Erarbeitung eines Brandenburgischen Integrationsgesetzes

- Landesaufnahmegesetz überarbeiten und mit Integrationsgesetz verbinden.
- Definition verbindlicher Ziele für die Integrationspolitik.
- Strukturierte Erhebung und Analyse von Daten der Migrations- und Integrationspolitik.
- 1. Schritt: Ein Integrationsgesetz wie in Schleswig-Holstein, das auf Landesebene Anwendung findet. 2. Schritt: Weiterentwicklung anhand der Gegebenheiten des Landes. 3. Schritt: Anwendung auf kommunaler Ebene + kommunales Integrationsmanagement prüfen

2. Neugestaltung der Stelle der Landesintegrationsbeauftragten

- Schaffung einer Rechtsgrundlage über ein Landesintegrationsgesetz, das Erwartungen, Ziele und Aufgaben mit finanziellen und personellen Ressourcen verbindet.
- Die Stelle sollte eine politisch relevante Stabstelle mit Berufung durch das zuständige Ministerium sein. Der/Die nächste Beauftragte sollte eine Migrationsbiografie haben.
- Förderaufgaben sollen an neue Stellen bei der Beauftragten gebunden werden.
- Die Beratungsstelle bei der Integrationsbeauftragten soll fortgeführt werden.

3. Für die Integrationspauschale und den Erhalt der Migrationssozialarbeit II

- Umwandlung des Integrationsbudgets in eine dauerhaft verankerte Integrationspauschale mit Verwendungsnachweis, um Bürokratie abzubauen.
- Bemessungsgrundlage der Integrationspauschale an der Anzahl der Personen vor Ort, nicht an der Zuweisungszahl.
- Abschaffung des Eigenanteils und der Verwendung für den Bau von Unterkünften.
- Fortführung und langfristige Etablierung der Migrationssozialarbeit II.

4. Fokus der Landesregierung auf Arbeits- und Fachkräftemangel

- Vereinigung der Bereiche Arbeit und Integration innerhalb eines Ministeriums.

5. Stärkung der Willkommenspolitik

- Auswertung und Weiterentwicklung der Erfahrungen mit 10 Willkommenscentern in den Landkreisen und kreisfreien Städten.
- Verabschiedung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes in der nächsten Wahlperiode.

6. Legale Wege der Migration fördern und aufrechterhalten

- Fortführung des Landesaufnahmeprogramms Syrien und Auflegung eines neuen Landesaufnahmeprogramms Afghanistan nach § 23 Absatz 1 AufenthG.
- Verpflichtungserklärung = geringe Kosten, Verringerung der Anreize für irreguläre Migration.
- Erleichterung bei der Beantragung von Visa, insbesondere humanitären Visa in Drittstaaten.

7. Prüfung einer Bezahlkarte für alle Geflüchtete:

- Wenn der Bund eine Bezahlkarte für Geflüchtete einführt, müssen auch ukrainische Geflüchtete berücksichtigt werden, um eine weitere Ungleichbehandlung zu vermeiden.
- Die Bezahlkarte kann als Modernisierungsinstrument und Kontrollinstrument des Staates gesehen werden, um eine Zweckentfremdung zu verhindern. Es müssen aber auch die Nachteile geprüft werden wie bei fehlenden Kartenbezahlssystemen in Geschäften.

8. Einsatz für ausländische Studierende, die auf dem Wohnungsmarkt besonders benachteiligt sind.

WER WIR SIND

Wir sind eine (beratende) Arbeitsgemeinschaft im Landesvorstand der SPD Brandenburg, die sich mit der Migration nach Brandenburg und ihren unterschiedlichen Facetten beschäftigt. Unsere Mitglieder sind SPD-Mitglieder mit und ohne Migrationshintergrund aus ganz Brandenburg. Unsere Rolle sehen wir darin, unseren Landesvorstand, unsere Abgeordneten und Parteimitglieder in diesem Politikbereich zu unterstützen.

Unsere Vorsitzenden nehmen an den Landesvorstandssitzungen teil und haben dort Rederecht. Darüber hinaus tauschen wir uns regelmäßig mit den Arbeitskreisen für Inneres, für Integration sowie mit Mitgliedern der Landesgruppe Brandenburg des Deutschen Bundestages aus. Die inhaltliche Arbeit erfolgt neben dem bilateralen Austausch über Mitglieder- und Vorstandssitzungen, Stammtische und Gesprächsrunden.

Unsere Zielgruppe sind Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen in Brandenburg eine neue Heimat gefunden haben oder danach suchen. Hierzu gehören nicht nur Asylbewerber, sondern auch Menschen, die aus Drittstaaten oder innerhalb Deutschlands migriert sind. Ihnen möchten wir eine politische Heimat geben, ihre unterschiedlichen Interessen vertreten, Partizipation ermöglichen und um ihre Unterstützung werben.



Gemeinsames Bild nach der Vorstandswahl 10/2022

UNSERE ZIELE

- ein Integrationsgesetz, das eine strukturierte Erhebung und Analyse von Daten vorgibt und ermöglicht
- bürokratiearme Instrumente für die Landesintegrationspolitik wie eine Integrationspauschale mit Verwendungsnachweis
- eine Landesintegrationsbeauftragte mit gesetzlicher Grundlage, politischer Bedeutung und ausreichenden Ressourcen
- ein Ministerium, das Arbeit und Integration vereint und den Arbeits- und Fachkräftemangel angeht
- klare Weisungen und Ausführungsverordnungen des Innenministeriums für mehr Einheitlichkeit bei den Ausländerbehörden

MACH MIT
WERDE
MITGLIED

Swantje Rosenboom
Fouad Abdallah
AG Migration und Vielfalt
Brandenburg

Regine-Hildebrandt-Haus
Alleestraße 9
14469 Potsdam
f @ /migrationnachbrandenburg
https://link.spd.de/19y
migrationnachbrandenburg.de

SOZIALE POLITIK
MIT DIR.
Jetzt in die SPD!



Herausgeber: SPD Brandenburg, Arbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt, Regine-Hildebrandt-Haus, Alleestraße 9, 14469 Potsdam, Fotos: SPD Brandenburg, AG Migration und Vielfalt



FÜR EINE SOZIALDEMOKRATISCHE MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITIK

SPD  **MIGRATION
& VIelfALT**



FOKUS UND SERVICE

Warum ein Integrationsgesetz?

Unser Fokus ist eine effektive Migrations-, Integrations- und Willkommenspolitik. Die Grundlage hierfür sehen wir in der regelmäßigen Erhebung und Analyse von Daten sowie der Forschung zu diesem Politikbereich. Wenn wir beispielsweise nicht wissen, wie viele Kinder mit Migrationshintergrund keinen Schulabschluss schaffen, haben wir keine Basis, um effektive Maßnahmen zu verabschieden. Wenn wir nicht wissen, aus welchen Gründen Menschen unser Bundesland wieder verlassen, können wir keine Maßnahmen für eine bessere Willkommenspolitik entwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, ein Integrationsgesetz in mehreren Stufen einzuführen. Dabei sollten wir uns an erfolgreichen Modellen wie dem Integrationskonzept von Hamburg und dem Integrationsgesetz von Nordrhein-Westfalen orientieren, die klare Kennziffern für die Erhebung und Analyse der Integrationspolitik schaffen. Mit einem Integrationsgesetz wie in Schleswig-Holstein, das lediglich auf Landesebene Anwendung findet, könnte man erste Erfahrungen sammeln und das Gesetz immer weiter anpassen. Unsere Vision ist ein kommunales Integrationsmanagement wie in Nordrhein-Westfalen.

Mehr Infos zum Thema unter:
<https://link.spd.de/19x>



Was ist unsere Serviceleistung?

Die Serviceleistungen, die wir anbieten, sind der politische Austausch persönlich, online bzw. hybrid, der Einsatz für politische Forderungen über Landesvorstandssitzungen, Landesparteitage und bilaterale Treffen sowie die Förderung von Menschen mit Migrationsgeschichte. Damit wollen wir erreichen, dass mehr Menschen mit Migrationsgeschichte Lust haben, sich in die SPD Brandenburg einzubringen und unsere Partei zudem attraktiver für diese Zielgruppe wird.

Besonders wichtig ist uns unsere Beratungsrolle. Wir sehen uns als Kommunikationspool im parlamentarischen und politischen Prozess sowohl für unsere Abgeordneten und ihre Mitarbeitenden als auch für unsere Zielgruppe. Unsere Abgeordneten und Ministerinnen möchten wir unsere Positionen, Informationen und Kompetenzen zuspielen. Unserer Zielgruppe möchten wir über unsere Social-Media-Aktivitäten bei unserer Arbeit mitnehmen und über aktuelle Entwicklungen in Brandenburg und Berlin informieren.

Podcast der AG Migration und Vielfalt in Brandenburg

mit



Dennis Behrouzi

und



Laura Schwetz

Migration nach Brandenburg



AK- und AG-Gründung

2013 kam Mohamed Salah Ahmed aus beruflichen Gründen nach Fürstenwalde, wo er sich neben seiner Arbeit u.a. in der Ausländerbehörde dafür entschied, in die SPD einzutreten. Schnell fragte er sich, wo in unserer Partei Menschen sind, die wie er neu nach Brandenburg gekommen sind. Da es anders als in anderen Bundesländern noch keinen AK oder keine AG für Migration und Vielfalt gab, gründete er 2016 zuerst auf Ortsvereinsebene und dann auf Unterbezirksebene die ersten Arbeitskreise für Migration und Vielfalt.

2017 stimmte der Landesvorstand der Gründung eines Arbeitskreises auf Landesebene zu. Hierdurch hatte Mohamed erstmals die Möglichkeit, gemeinsam mit vielen Unterstützerinnen und Unterstützern mit und ohne Migrationshintergrund, den Landesvorstand unserer Partei zu beraten. 2019 lernte Mohamed Lennart Nieweler kennen, der an der Universität studierte. Da sich Lennart seit 2015 für die politische Beteiligung von Geflüchteten einsetzte, unterstützte er Mohamed bei dem Aufbau des AKs und der Umwandlung zu einer dauerhaften AG mit finanzieller Unterstützung durch den Landesvorstand.